

# LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz  
164 · Ausgabe CH · August 2016  
AZB 3001 Bern



Ex-Press

## Mehr AHV für alle!

Seit Jahren hinken die AHV-Renten den Löhnen hinterher. Es ist darum höchste Zeit für eine Erhöhung und für ein Ja zu AHVplus am 25. September. Die SP sagt ausserdem Ja zur Initiative Grüne Wirtschaft und Nein zum neuen Nachrichtendienstgesetz. Seiten 2 bis 5

### JETZT MITREDEN!

Die Sektionen können jetzt zum Projekt «Zukunft SP» Stellung nehmen, das im Dezember verabschiedet wird. Seiten 6 und 7

### TAMARA FUNICIELLO

Die neue Juso-Präsidentin über Hassmails, Internationalismus und den Lesekanon ihrer Mitglieder. Seiten 16 und 17

**NEIN ZUR  
USR III  
JETZT REFERENDUM  
UNTERSCHREIBEN!  
(KARTE IN DER  
HEFTMITTE)**



## Alter Falter: Ja zu AHVplus

«Keine Falten, die mein Alter verraten» – mit diesem Slogan bewirbt das Kosmetiklabel Nivea eine Anti-Falten-Crème für Frauen. Wir merken: Altsein ist in unserer Gesellschaft nicht sexy. Die Devise: So lange wie möglich unauffällig und glatt bleiben, und sind wir dann halt alt, so schweigen wir besser. Bloss das «Alter nicht verraten». Mit dem Alter sollen Frauen sich nicht befassen. Und schon gar nicht darüber reden. Diese Haltung ist leider auch unter jüngeren Frauen sehr verbreitet. Diskussionen über das Altwerden, über die AHV oder über Altersarmut, die meist Frauen betrifft, sind unsexy. Ähnlich unsexy wie Falten. Nur wissen wir die Wahrheit mittlerweile aus diversen Studien: Falten-Crèmes sind teuer und nützen nichts. Das ist die Realität. Viel besser ist es da mit der AHV: Die ist nicht so teuer und nützt den Frauen enorm viel!

Wieso? Weil die AHV die einzige der drei Säulen ist, welche die unbezahlte Arbeit bei der Rente mitberechnet. Das ist wichtig, denn Frauen arbeiten mehr Teilzeit und zu niedrigeren Löhnen, haben mehr Erwerbsausfälle durch Mutterschaft, die in den Pensionskassenleistungen spürbar sind. Im Alter leben 38 Prozent der Frauen in der Schweiz nur von der AHV. Die Erhöhung der Renten um 10 Prozent, welche mit der Initiative AHVplus vorgesehen ist, nützt zwar allen, am direktesten aber den Frauen.

Da sag' ich mir: Alter Falter, Falten lassen sich nicht verhindern, Altersarmut schon!

Natascha Wey, Co-Präsidentin der SP Frauen\*

## DARUM GEHT ES

Die von den Gewerkschaften lancierte und von der SP unterstützte Volksinitiative «AHVplus: für eine starke AHV» wurde Ende 2013 eingereicht. Sie fordert eine Erhöhung der AHV-Renten um 10 Prozent. Im Durchschnitt würden so alleinstehende Personen zusätzlich 200 Franken pro Monat erhalten, Paare würden von einer monatlichen Erhöhung von 350 Franken profitieren.



Von der AHVplus-Initiative profitieren Junge wie Alte.

**JA**

ZUR  
INITIATIVE  
AHVplus

# Wer rechnet, stärkt die AHV

**DIE AHV-RENTEN HINKEN DEN LÖHNEN IMMER MEHR HINTERHER. ES IST DARUM HÖCHSTE ZEIT FÜR EINE ERHÖHUNG. DANK DEM UNSCHLAGBAREN PREIS-LEISTUNGS-VERHÄLTNIS DER AHV IST DIESE FINANZIERBAR.**

Mit den Renten von AHV und Pensionskasse soll man im Alter seine gewohnte Lebenshaltung weiterführen können, so steht es in unserer Bundesverfassung. Weil die Pensionskassen wegen der historisch tiefen Zinsen massiv unter Druck stehen, sind wir davon heute leider weit entfernt. Obwohl wir in die zweite Säule immer mehr einzahlen müssen, erhalten wir immer weniger Rente. In der dritten Säule ist es noch schlimmer. Turbulenzen auf den Finanzmärkten lösen frühere Rentenversprechen quasi in Luft auf. Um insgesamt auch in Zukunft ein anständiges Rentenniveau zu erreichen, braucht es deshalb höhere AHV-Renten.

### Unschlagbares Preis-Leistungs-Verhältnis

Die Renten aus der AHV entwickeln sich berechenbar und haben ein unschlagbares Preis-Leistungs-Verhältnis. Dank dem intelligenten Finanzierungsmodell bewältigt die AHV die Alterung der Gesellschaft sehr gut: Obwohl die Beiträge seit 1975 nie angehoben wurden und nur ein Mehrwertsteuer-Prozent dazugekommen ist, zahlt die AHV heute mehr als doppelt so viele Renten aus. Bei den Pensionskassen dagegen wurden die Beiträge immer wieder erhöht, die Leistungen werden aber trotzdem immer schlechter. Bei der Pensionskasse muss man im Vergleich zur AHV mittlerweile fast doppelt so viel einzahlen, um eine gleich hohe Rente zu erhalten.

### Renten hinken den Löhnen hinterher

Die AHV-Renten wurden seit vierzig Jahren nicht erhöht. Sie hinken den Löhnen immer mehr hinterher. Musste 1975 ein Pensionierter noch 40 Prozent seiner AHV für Miete und Krankenkasse aufwenden, sind es heute 68 Prozent. Die AHV ist die sicherste Altersvorsorge und der Grundpfeiler der sozialen Sicherheit in der Schweiz. Im Vergleich zur zweiten und dritten Säule ist sie deutlich weniger den Risiken und Schwankungen an der Börse ausgesetzt. Mit dem sogenannten Umlageverfahren werden auf jedem verdienten Franken Beiträge erhoben, die direkt die Renten der Pensionierten finanzieren. Die Leistungen der AHV sind dank steigendem Wohlstand und solidarischer Finanzierung garantiert.

### Junge und Frauen profitieren

Die AHV ist die günstigste Altersvorsorge für die junge Generation. Insbesondere junge Familien sparen Tausende von Franken, wenn sie über die AHV anstatt über die teure zweite Säule vorsorgen können. Privates Sparen kostet viel mehr, weil Banken und Versicherungen dank intransparenten und künstlich hohen Risikoprämien profitieren. Auch Frauen nützt AHVplus: Wegen Mutterschaft und Kinderbetreuung erhalten sie oft nur kleine Pensionskassenrenten. Bei der AHV dagegen werden die Erwerbsunterbrüche dank Erziehungs- und Betreuungsgutschriften ausgeglichen.



# 6 Fragen zu AHVplus

an Paul Rechsteiner,  
Ständerat und Präsident  
des Schweizerischen Gewerk-  
schaftsbundes SGB

## 1 Welche Idee steckt hinter der Initiative AHVplus?

Die AHV-Renten müssen nach langer Zeit endlich wieder an die Lohnentwicklung und an die wirtschaftliche Entwicklung angepasst werden. Weil die Menschen im Rentenalter von den Renten der AHV und der Pensionskasse anständig leben können sollen. Zudem sind die Pensionskassenrenten der Erwerbstätigen als Folge der Situation auf den Kapitalmärkten massiv unter Druck. Nur die AHV kann zu vernünftigen Kosten für eine Kompensation sorgen.

## 2 Die AHV ist nur einer von drei Pfeilern unserer Altersvorsorge – weshalb zielt die Initiative ausgerechnet auf sie?

Die AHV ist die erste und wichtigste Säule der Altersvorsorge. Sie sorgt in einer einmaligen Weise für den sozialen Ausgleich und den Ausgleich unter den Generationen. Dank der Finanzierung über das Umlageverfahren statt über die Kapitalmärkte und dank der gegen oben unbeschränkten Beitragspflicht hat die AHV für alle mit unteren und mittleren Einkommen ein sensationelles Preis-Leistungs-Verhältnis. Wer rechnet, stärkt deshalb die AHV.

## 3 Eine Erhöhung der Renten um 10 Prozent kostet gut 4 Milliarden Franken. Wie ist das finanzierbar?

Die Rentenerhöhung ist natürlich nicht gratis. Die 0,4 % Arbeitnehmerbeitrag und 0,4 % Arbeitgeberbeitrag sind für eine Rentenerhöhung von 2400 Franken für Alleinstehende und 4200 Franken für Ehepaare aber vergleichsweise günstig. Bei der AHV zahlen wir seit 1975 unverändert 8,4 % an Lohnbeiträgen ein. Bei den Pensionskassen sind es inzwischen über 19% für zunehmend schlechtere Leistungen.

## 4 Das Bundesamt für Sozialversicherungen stellt der AHV schlechte Prognosen: Bis 2030 drohe ein jährliches Defizit von 7 Milliarden Franken. Wie ist eine Rentenerhöhung da vertretbar?

Weil die Baby-Boomer ins Rentenalter kommen, braucht die AHV in den nächsten Jahren eine Zusatzfinanzierung. Wir unterstützen die dafür notwendige Erhöhung der Mehrwertsteuer um 1 %. Wenn wir die Mehrwertsteuerpromille, die heute in die IV fließen, in die AHV umlenken, wie es der Ständerat vorschlägt, wird bis 2020 niemand etwas von der Erhöhung spüren. Abgesehen von diesem Finanzierungsbedarf ist die AHV aber solid finanziert. Die früheren Defizitprognosen haben sich alle als falsch herausgestellt. Die AHV-Finanzierung über die Beiträge der Erwerbstätigen und den Bundesbeitrag ist sehr leistungsfähig.

## 5 Warum sollen eigentlich alle Rentnerinnen und Rentner generell 10 Prozent höhere Renten erhalten – auch solche, die es gar nicht brauchen?

Dazu sagte unser Bundesrat Tschudi: Die Reichen brauchen die AHV nicht. Aber die AHV die Reichen. Dass auch die mit hohen Einkommen Renten bekommen, sichert das Versicherungssystem der AHV. Wir wollen ja, dass die hohen Einkommen auch in Zukunft auf den ganzen Bezügen die vollen Beiträge bezahlen. Unter Einschluss der Boni.

## 6 Ärmere Rentnerinnen und Rentner erhalten neben der AHV Ergänzungsleistungen (EL). Die Gegner argumentieren, diese würden bei einer Erhöhung der AHV-Renten verringert oder ganz wegfallen, sodass gerade die Bedürftigsten schlussendlich gar nicht mehr im Portemonnaie hätten. Was ist da dran?

Wir verteidigen die Ergänzungsleistungen gegen alle Angriffe von rechts. Sie sind ja auch so etwas wie eine Pflegeversicherung für jene, die lange im Heim leben müssen. Wer aber sein Leben lang gearbeitet hat, soll von den Renten der AHV und der Pensionskasse anständig leben können. Dafür muss die AHV jetzt wieder verbessert werden. Für die tieferen Einkommen ist die AHV noch wichtiger als für die anderen. Insbesondere für die Frauen.

# Eine Schuldenbremse für die Natur

«FINDET ES JEMAND RICHTIG, WENN DIE NATÜRLICHEN RESSOURCEN ZERSTÖRT WERDEN? WER ZUSTIMMT, MÖGE DIE HAND ERHEBEN.» ALS ICH DIESE FRAGE IM NATIONALRAT STELLTE, MELDETE SICH – WENIG ÜBERRASCHEND – NIEMAND. DAS ZEIGT, WIE SELBSTVERSTÄNDLICH DIE FORDERUNG DER INITIATIVE FÜR EINE GRÜNE WIRTSCHAFT IST.

Die Initiative «Grüne Wirtschaft» fordert, dass wir auf lange Sicht nicht mehr Natur verbrauchen, als nachwächst. Sie schreibt also eine Schuldenbremse für die Natur in die Verfassung und will vermeiden, dass unsere Grosskinder für unsere heutigen Umweltsünden teuer bezahlen müssen. Der Bund, so die Initiative, soll sich auf dem Weg zu einer nachhaltigen und ressourceneffizienten Wirtschaft Ziele setzen und deren Erreichung regelmässig überprüfen. Der sogenannte ökologische Fussabdruck der Schweiz soll sich bis 2050 von heute rund drei Erden auf eine Erde verringern. Beim ökologischen Fussabdruck handelt es sich um eine Methode, die vom Schweizer Mathis Wackernagel entwickelt wurde und inzwischen von über fünfzig Ländern angewendet wird. Sie vergleicht den Ressourcenverbrauch mit der Erneuerungsfähigkeit der Natur. Ist der ökologische Fussabdruck grösser als eins, dann verbraucht eine Gesellschaft mehr, als Ressourcen nachwachsen. Sie zerstört also auf Dauer die Grundlage ihres Wirtschaftens.

## So kann es nicht weitergehen

Auch die EU und weitere Länder verfolgen das Ziel, das die Initiative in

der Verfassung verankern will. Die SP erachtet diesen Kurs als richtig. Denn so wie heute kann es nicht weitergehen. Die Natur wird zerstört, sie verschwindet global und oft unwiederbringlich. Das muss aufhören und die Schweiz soll ihren Beitrag dazu leisten. Die Schweizer Wirtschaft wird davon profitieren. Geschlossene Stoffkreisläufe, Ressourceneffizienz oder Recycling stärken die eigenen erneuerbaren Ressourcen. Weniger Erdölimporte, weniger Ausbeutung der Meere, weniger abgeholzte Wälder, weniger Futtermittelimporte, das sind letztlich alles Entwicklungen, die der einheimischen Wirtschaft zugute kommen.

## Ziel der Initiative ist realistisch

Ist das Ziel der Initiative realistisch? Eine neue Studie, die erstmals die im Initiativtext verlangte Methode des ökologischen Fussabdrucks für die Schweiz verwendet, bejaht diese Frage klar. Sie zeigt, dass die Schweiz nicht schlecht unterwegs ist und den ökologischen Fussabdruck bereits mit der Umsetzung des Klimaabkommens von Paris auf eine Erde reduzieren kann. Dieses Abkommen will, dass die Energieversorgung bis 2050 vollständig



Beat Jans, dipl. natw. ETH, Umweltnaturwissenschaftler, Nationalrat SP

erneuerbar erfolgt. Es wurde vom Bundesrat unterzeichnet. Das entlarvt das Geschwätz der Gegner rund um Economiesuisse. Sie behaupten, das Ziel sei nur zu erreichen, wenn wir künftig vegetarisch essen, kalt duschen und die Ferien zu Hause verbringen würden. Das ist Humbug und beruht auf falschen Annahmen, sprich: auf einer anderen Studie, die gar nicht den ökologischen Fussabdruck misst, wie es die Initiative verlangt, sondern die Methode der Umweltbelastungspunkte anwendet. Diese Methode wurde nicht entwickelt, um den Ressourcenverbrauch zu messen, sondern um die Umweltbelastung verschiedener Produkte oder Prozesse zu vergleichen. Economiesuisse erwies sich in dieser Debatte von Anfang an als inkompetent. Sie lobbiierte schon im Parlament mit hanebüchenen Argumenten dafür, dass der Nationalrat auf den Gegenvorschlag des Bundesrates gar nicht eintreten solle – der völlig wirtschaftslastige Nationalrat folgte ihr. Deshalb braucht es jetzt ein klares Ja an der Urne. Zum Glück gibt es in der Schweiz auch fortschrittliche Wirtschaftsverbände wie Swis cleantech, welcher die Initiative unterstützt.

JA

ZUR  
INITIATIVE FÜR  
EINE GRÜNE  
WIRTSCHAFT

# Nutzlos, aber schädlich

**WIR MÜSSEN ENTSCIEDEN NEIN SAGEN ZU EINEM GESETZ, DAS DIE VERFOLGUNG VON TERRORISTEN IN KEINER WEISE VERBESSERT, HINGEGEN UNSERE FREIHEITEN ERNSTHAFT BEDROHT.**

Wie alle Gesetze, die unter dem Begriff «Terrorismusbekämpfung» erlassen werden, dient das Nachrichtendienstgesetz (NDG) vor allem zur Stärkung der präventiven Massenüberwachung mithilfe invasiver Mittel oder Kabelaufklärung, welche die gesamte elektronische Kommunikation zu überwachen erlaubt. Der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) soll diese aufgrund eines blossen Verdachts einsetzen können.

## **Ernsthafte Beeinträchtigung der Grundrechte**

Diese Massnahmen schränken weit mehr die grundlegenden Freiheiten ein, als dass sie den Terrorismus bekämpfen helfen. Die präventive, vom NDB autorisierte Überwachung stützt sich auf ein Bauchgefühl und nicht auf den begründeten Verdacht eines schweren Verbrechens. Die im Gesetz vorgesehenen Schutzmassnahmen (Zustimmung der Delegation des Bundesrats und des Präsidenten des Bundesverwaltungsgerichts) laufen Gefahr, nicht wirksam zu sein. Ein einzelner Richter, der mit diesen seltenen Verfahren wenig Erfahrung hat, wird kaum Argumente finden, um den entschlossenen Vertretern eines NDB Paroli zu bieten. Zudem können wir von einer Einzelperson nur schwer erwarten, dass sie das Risiko eingeht, sich einem Nachrichtendienst zu verweigern, der beansprucht, einen Terroranschlag

verhindern zu müssen. Schlussendlich wird die parlamentarische Kontrolle an ihre Grenzen stossen. So mussten deutsche Datenschutzexperten, die im Zusammenhang mit dem Fall Snowden die vom US-amerikanischen Nachrichtendienst NSA ausgeübte Überwachung kontrollieren sollten, zugeben, dass sie von den technischen Erklärungen «nichts verstanden» hatten.

## **Wenig effiziente Methoden**

Die meisten der Täter bei den jüngsten Anschlägen in Paris, Brüssel oder Orlando wurden bereits präventiv von Geheimdiensten überwacht. Trotzdem konnten die Taten nicht verhindert werden. Was den Attentäter von Nizza angeht, so war er überhaupt nicht im Visier der Geheimdienste. Auch in diesem Fall hat das präventive Verstärken der Überwachung, wie es das französische Pendant des NDG zulässt, nichts genützt.

Das Problem liegt eher bei der Kommunikation zwischen den verschiedenen Sicherheitsdiensten (ein Problem, das vom NDG nicht angesprochen wird) oder bei ihren Eingriffsrechten an Ort und Stelle: So kann der NDB nicht an Ort und Stelle einschreiten, und im NDG verpflichtet ihn nichts dazu, seine Informationen an die Polizei weiterzugeben. Ausserdem wird Kabelaufklärung seit Jahren von der NSA praktiziert, was nur dazu führt, dass

die Behörden mit Unmengen von Daten überschwemmt werden, die gerade wegen ihres Umfangs nutzlos sind.

## **Negativer Einfluss auf Ausübung der Grundrechte**

Massenüberwachung hat auch einen wenig bekannten Einfluss auf die Ausübung der Grundrechte. Mehrere Studien zeigen: Wenn die Bevölkerung von der Existenz der Massenüberwachung erfährt (z.B. als der NSA-Skandal aufgedeckt wurde), neigen Personen, die minderheitliche Standpunkte vertreten, dazu, diese zu verschweigen, und Journalisten neigen dazu, ihre Untersuchungen einzuschränken («chilling effect»). Die reine Existenz von Massenüberwachung schränkt also die Ausübung der freien Meinungsäusserung und der Pressefreiheit ein.

## **Fehler auf Fehler beim NDB**

Schliesslich erteilt das Nachrichtendienstgesetz dem NDB weitgehende Vollmachten. Unser Nachrichtendienst hat jedoch wiederholt gezeigt, dass er nicht vertrauenswürdig ist. In den letzten Monaten hat er sensible Daten verloren, einer seiner Informanten hat sein Gehalt durch einen Auftrag eines notorischen Steuersünder aufgebessert, und sein Direktor hat bei Gemeinderatswahlen kandidiert. Nichts im NDG trägt dazu bei, solche Fehltritte zu verhindern.



Jean-Christophe Schwaab, Nationalrat VD, Präsident Kommission für Rechtsfragen



dreamstime

## **DARUM GEHT ES**

Das neue Nachrichtendienstgesetz (NDG) löst verstreute gesetzliche Grundlagen des aktuellen Nachrichtendienstes ab. Es weitet die Möglichkeiten zum Lauschangriff aus. Liegt eine gerichtliche Ermächtigung vor, stimmen drei Departemente zu und löst der VBS-Vorsteher die Massnahme aus, so darf der Nachrichtendienst neu Telefone abhören, Räume verwandern, in Computersysteme eindringen und die Kommunikation übers Internet auf Stichwörter hin scannen. Zuvor muss das Bundesverwaltungsgericht feststellen, ob die Schwere der Bedrohung die Massnahme rechtfertigt, ob die bisherigen Abklärungen erfolglos waren und ob eine der folgenden Bedrohungslagen vorliegt: Terrorismus, verbotener Nachrichtendienst, Proliferation oder Angriff auf kritische Infrastruktur.



# Mit der SP in die Zukunft

**UM DIE SP ZUKUNFTSFÄHIG ZU MACHEN, HAT DIE GESCHÄFTSLEITUNG ENDE 2015 DAS PROJEKT «ZUKUNFT SP» LANCIERT. DIE SEKTIONEN SIND NUN EINGELADEN, BIS AM 20. OKTOBER ZUM PROJEKT STELLUNG ZU NEHMEN, AM PARTEITAG VOM 3./4. DEZEMBER WIRD ES DANN VERABSCHIEDET. EINE ÜBERSICHT.**

«Früher oder später muss man Partei ergreifen, wenn man ein Mensch bleiben will.» – Dieses Zitat von Graham Greene, dem grossen englischen Journalisten und Autor, Abenteuerer und Moralisten, MI6-Spion mit grossen Sympathien für den Sozialismus, gilt heute genau gleich wie zur Zeit des Kalten Krieges. Die Welt ist in Aufruhr. Noch nie waren so viele Menschen auf der Flucht, vertrieben von Dürren, Krieg oder bitterer Armut. Noch nie war die Verteilung von Gütern, Geld und Chancen so ungleich, die Kluft zwischen Arm und Reich so gross wie heute. Attentate und Amokläufe erschüttern die Welt, und ebenso bestürzend wie die Anschläge sind die Reaktionen darauf. Rechtsnationale Parteien gewinnen an Zulauf, Gewalt trifft auf Gegengewalt. Unsere Reaktion darauf ist das Gegenteil: Wir wollen mehr Gerechtigkeit, mehr Chancengleichheit, mehr Prävention, mehr Bildung.

### Jetzt Stellung nehmen

Echte Wirksamkeit entfalten wir erst, wenn es viele sind, die so denken; wenn wir uns zusammenschliessen und zum Handeln entschliessen. Wenn unsere Bewegung zu einem Bollwerk

der Demokratie, der Menschenrechte und der Gerechtigkeit wird; zu einer Kraft, die nicht mehr wegzudenken ist. Das ist es, was das Projekt Zukunft SP will. Den Grundstein dafür legen, dass wir uns als politische Grösse behaupten können und auch in Zukunft in der Lage sind, den politischen Kurs unseres Landes mitzubestimmen. Damit wir stark genug bleiben, um nationalistischen Abschottungstendenzen ebenso die Stirn zu bieten wie der wachsenden Ungleichheit. Und vor allem auch, um weiterhin eigene Ideen, Konzepte und Visionen entwickeln zu können.

Die Sektionen der SP haben in den letzten Tagen Post erhalten. Sie wurden im Hinblick auf den Parteitag vom 3./4. Dezember 2016 eingeladen, zu 18 Anträgen zum Projekt SP Stellung zu nehmen. Hier eine Übersicht in Form von häufig gestellten Fragen, die erklären, worum es geht.

### Was will das Projekt?

Mit dem Projekt Zukunft SP werden vier Ziele verfolgt:

1. Die SP bleibt eine Mitgliederpartei. Das heisst, dass wir im Bereich der Mitglieder-

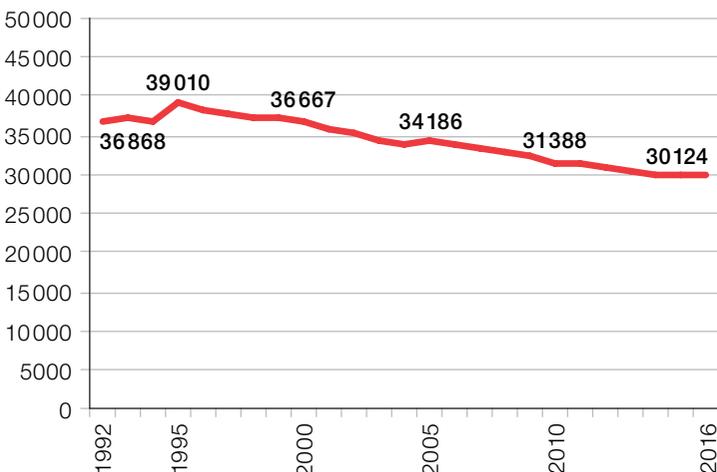
gewinnung und -bindung mehr machen müssen.

2. Die SP ist kampagnen- und mobilisierungsfähig. Hier setzen wir auf unser bewährtes Mittel: das Engagement unserer Mitglieder.
3. Als Partei, die für die Zukunft gerüstet sein will, müssen wir die organisatorischen Strukturen wo nötig anpassen, so für die SP Frauen\*, die SP60+ und die SP MigrantInnen.
4. Die mittel- und längerfristige Finanzierung der Projekte und Kampagnen sowie der Dienstleistungen für Kantonalparteien, Mitglieder und Sektionen bleibt gesichert.

### Was ist eine Mitgliederpartei und warum sind die Mitglieder in der SP so wichtig?

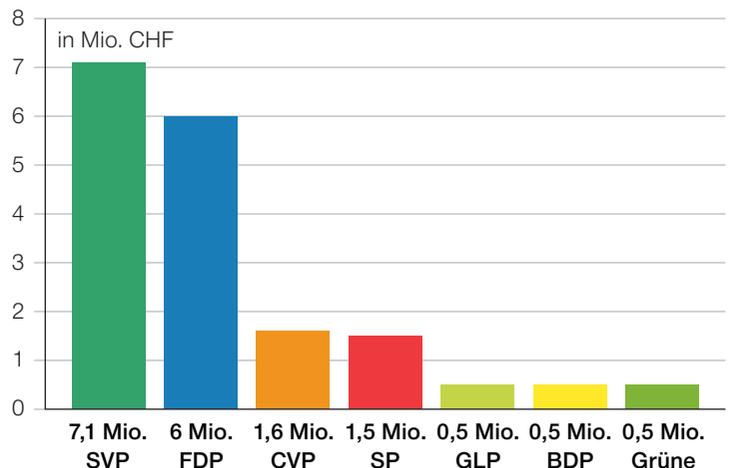
Die heutige Grundstruktur der SP reicht bis in die 1920er-Jahre zurück. In dieser Zeit bildeten sich in zahlreichen Ländern Europas Mitgliederparteien heraus. Auch wenn sich seit damals vieles verändert hat, beruht die Identität der SP Schweiz noch heute auf den Elementen der Mitgliederpartei: Viele Mit-

**Mitgliederentwicklung der SP seit 1992**



**Werbeausgaben im Wahlkampf 2015 (April–September)**

Quelle: mediafocus



glieder in vielen Sektionen bestimmen den Kurs der Partei, gewährleisten die Kampagnenfähigkeit und sichern die Verankerung in der Gesellschaft. Die Schlüsselrolle haben dabei die Sektionen. Wo sie gut funktionieren, haben sie genügend Nachwuchs und Einfluss auf die Gemeindepolitik, was sich positiv auf die Sichtbarkeit der SP auswirkt und die lokale SP wiederum attraktiv für potenzielle Mitglieder macht.

Allerdings steht die seit Jahrzehnten abnehmende Parteibindung im Widerspruch zu unserer Selbstdefinition als Mitgliederpartei. Rückläufige Mitgliederzahlen treffen uns nicht nur in finanzieller Hinsicht, sondern auch in Bezug auf das parteiinterne Demokratieverständnis und die Mobilisierungskraft. Anders gesagt: Die SP braucht Mitglieder, um etwas bewegen zu können und um unsere Werte in der Lebenswelt der Mitbürgerinnen und Mitbürger erfahrbar zu machen. Umgekehrt brauchen die Mitglieder eine demokratisch organisierte SP, um Einfluss zu nehmen. Ob via Vertretung in Parlamenten oder an der Gemeindeversammlung, mittels Initiativen oder Referenden, sei es an einer Kundgebung auf dem Bundesplatz oder im Bundeshaus: Jedes Mitglied bestimmt mit, wie die Gesellschaft aussehen soll.

Ein grosser Teil der Anträge an den Parteitag betrifft darum die Bereiche Mitgliedergewinnung und Mitgliederbindung: Sie sollen zur Kern- und Daueraufgabe jeder Parteiebene deklariert werden.

### **Welches sind die Hauptaufgaben der SP Schweiz?**

Die SP Schweiz hat ein breites Aufgabengebiet. Als nationale Partei kümmert sie sich um die Parlamentsarbeit im Bundeshaus und um die nationalen Abstimmungen. Sie erarbeitet strategische Konzepte, setzt Schwerpunkte, lanciert Debatten zu wichtigen Themen und setzt die dazugehörigen Projekte und Kampagnen um. Als Dachorganisation von 27 Kantonalparteien und über 800 Sektionen ist sie aber auch Anbieterin von diversen Dienstleistungen.

In den letzten Jahren haben sich zwei Tendenzen bemerkbar gemacht. Einerseits ist das Dienstleistungsangebot der SP Schweiz in Form von Bildungsprojekten, Koordinationsaufgaben, Informations- und Kampagnenmaterial sowie Angeboten in Wahl- und Abstimmungskampagnen angewachsen. Andererseits sind die finanziellen und personellen Anforderungen, die Abstimmungen und Wahlen heute generell an politische Parteien stellen, gestiegen.

### **Was heisst kampagnenfähig?**

Eine der grossen Herausforderungen, die sich heute stellt, ist unsere Kampagnenfähigkeit. Mit Blick auf die letzten Abstimmungen und Wahlen wird vor allem eines klar: Mit den finanziellen Möglichkeiten der bürgerlichen Parteien wird es die SP Schweiz nicht aufnehmen können – weder heute noch in Zukunft. Wir brauchen deshalb andere Mittel,

um zu gewinnen. Und die gibt es, wie sich am Beispiel der Basiskampagne zeigt, die in der Wahlkampagne 2015 eingesetzt wurde und sehr gute Ergebnisse erzielte. Wo viel telefoniert wurde, erreichte die SP in der Regel gute Resultate. Ein weiteres hervorragendes Mittel, um die Kampagnenfähigkeit der SP zu stärken, sind die SP Frauen\*, die SP60+ und die SP MigrantInnen, die ganz gezielt die Anliegen der Frauen, der älteren Menschen und der MigrantInnen organisieren.

### **Wofür brauchen wir Geld, wenn die anderen ohnehin viel mehr haben?**

Auch wenn wir weniger Geld haben als die bürgerlichen Parteien und Verbände, auch wenn wir unsere Kampagnenfähigkeit primär an der Anzahl unserer Freiwilligen messen und nicht in Frankenbeträgen: Ohne Geld funktioniert es auch bei uns nicht.

Das Budget der SP Schweiz beträgt in einem Nicht-Wahljahr 3,8 Millionen Franken – vor rund zehn Jahren stand mit durchschnittlich 4,5 Millionen Franken noch deutlich mehr Geld zur Verfügung. Einnahmenseitig fallen insbesondere die Mitgliederbeiträge und Spenden von Sympathisantinnen und Sympathisanten ins Gewicht; sie machen über 90 Prozent der Einnahmen aus. Beide Einnahmequellen sind rückläufig: die Mitgliederzahlen seit den 1990er-Jahren (mit einem erfreulichen Gegentrend 2015!), die Spenden seit rund fünf Jahren.

Um die Ausgaben und die Einnahmen wieder ins Lot zu bringen, hat die Geschäftsleitung Ende 2015 deshalb beschlossen, das Budget jährlich um 500 000 Franken zu entlasten; sei es durch Mehreinnahmen oder Minderausgaben. Nach Konsultation der Kantonalparteien soll diese Massnahme durch die Erhöhung der Abgabe pro Mitglied um 10 Franken erreicht werden. Spenden von nicht genossenschaftlich organisierten Unternehmen hingegen wird die SP aufgrund des klaren Vernehmlassungsergebnisses auch künftig nicht annehmen.

### **Was passiert, wenn nichts passiert?**

Eine oft gestellte Frage ist die folgende: Was passiert genau, wenn der Parteitag keine einnahmenseitigen Massnahmen beschliesst? In diesem Falle müsste die Budgetentlastung von 500 000 Franken vollumfänglich durch Einsparungen gemacht werden. Dies wiederum hätte einschneidende Veränderungen im Pflichtenheft der SP Schweiz zur Folge. Sie könnte ihre Kernaufgaben, Tätigkeiten und das Dienstleistungsangebot nicht mehr im gewohnten Mass aufrechterhalten, zumal die Ausgaben konstant überprüft und Einsparungen in diversen Bereichen bereits gemacht wurden.

Leyla Gül, Co-Generalsekretärin der SP Schweiz

**Die Unterlagen zum Parteitag, in denen auch das Projekt Zukunft SP enthalten ist, können abgerufen werden unter [www.spschweiz.ch/parteitag-thun](http://www.spschweiz.ch/parteitag-thun)**

## **STAND PUNKT**



## **Rückkehr nach Thayngen**

Meine Sommerlektüre hiess dieses Jahr «Rückkehr nach Reims». Eine Besprechung dieser brillanten Studie über das Arbeitermilieu in Frankreich lest ihr auf Seite 18. Zum Inhalt nur so viel: Der Autor Didier Eribon geht der Frage nach, warum seine vormals stramm kommunistische Familie mittlerweile geschlossen Front National wählt. Die Ursache sieht er im Rückzug der Linken und im Untergang der linken Lebenswelt. Wenn die Linke im Alltag nicht mehr präsent ist und ihre Fähigkeit zur Mobilisierung einbüsst, springen Nationalisten und Fremdenfeinde in die Lücke. Zugespitzt: Der Klassenkampf für ein besseres Leben wird ersetzt durch den Abwehrkampf gegen Ausländer.

Wenn ich in mein Heimatdorf Thayngen zurückkehre, mache ich ähnliche Beobachtungen. Natürlich ist Schaffhausen nicht Nordfrankreich. Und natürlich wählt meine Familie wie eh und je SP. Aber die Lebenswelt ist bürgerlich, das linke Milieu auf dem Rückzug. Den «Tanz in den Mai» gibt es nicht mehr, die Fabrikarbeiter der «Knorr» haben Marketingspezialisten Platz gemacht und viele meiner Jugendfreunde stimmen Ja zur MEI.

Thayngen könnte auch Oensingen, Grabs oder Bassersdorf sein. Wir haben weite Teile des Landes den Rechten überlassen. Anstelle der Arbeiterkultur mit ihrem stolzen Selbstbewusstsein gibt heute das «Volk» mit seinen diffusen «Ängsten» den Ton an. Wir waren zu wenig präsent, haben die Sprache der Stammische verlernt und uns in unsere Komfortzonen zurückgezogen.

Darum müssen wir raus aus unseren Minergiehäusern, raus aus den alternativen Kulturzentren, raus aus dem Kreis 4 – dorthin, wo es auch mal weh tut. Wir müssen mit den Menschen, für die wir Politik machen, sprechen und ihnen zuhören, im Stadion, vor der Migros, im Netz, am Telefon. Darum sind die Basis- und Mobilisierungswahlkämpfe, die wir führen, so wichtig. Wahlentscheide werden auch mit dem Bauch gefällt. Mobilisierung passiert über Emotionen, Identifikation über gemeinsame Werte. In den Worten von Didier Eribon: «Wenn die Linke sich als unfähig erweist, einen Resonanzraum zu organisieren, wo solche Fragen diskutiert und wo Sehnsüchte und Energien investiert werden können, dann ziehen Rechte und Rechtsradikale diese Sehnsüchte und Energien auf sich.» Es ist an uns, das zu verhindern – in Reims wie in Thayngen.

Michael Sorg ist Mediensprecher der SP Schweiz und vertritt Flavia Wasserfallen während ihres Mutterschaftsurlaubs als Co-Generalsekretär.

**Unterschreibe jetzt das Referendum gegen die Unternehmenssteuerreform III auf dem Bogen in der Heftmitte!**

**USR III  
NEIN**



# Kein neuer Milliardenbschiss

**DIE UNTERNEHMENSSTEUERREFORM III IST ZU EINER MASSIVEN STEUERSENKUNGS-  
RUNDE AUSGEARTET. DIE SP HAT DARUM DAS REFERENDUM ERGRIFFEN.**

In der Sommersession hat die bürgerliche Mehrheit im Parlament bei der Unternehmenssteuerreform (USR) III ein Steuerabbau-festival für die Unternehmen beschlossen, das zu grossen Steuerausfällen zu Lasten der öffentlichen Kassen beziehungsweise der Bevölkerung führen wird. Ausgangspunkt der USR III ist die Abschaffung des international nicht länger tolerierten kantonalen Steuerstatus für Spezialgesellschaften mit Sitz in der Schweiz (Holding-, Domizil-, Gemischte Gesellschaften). Im Ausland erzielte Gewinne werden heute in vielen Kantonen, wenn überhaupt, tiefer besteuert als im Inland erzielte. Die Abschaffung dieser unlauteren Instrumente im Steuerwettbewerb ist längst fällig.

Mit der Drohkulisse der Abwanderung von Unternehmen ins Ausland hat das Parlament die USR III nun jedoch zum Anlass genommen, reihenweise neue Steuerabzugsmöglichkeiten zu beschliessen. Damit wird die USR III zu einer gross angelegten Steuer-senkungsrunde für Unternehmungen mit markanten Einnahmeausfällen für Bund, Kantone und Gemeinden.

## Milliardenloch beim Bund

Neu sollen Unternehmen beim Bund auf überhöhtem Eigenkapital einen fiktiven Zins vom steuerbaren Gewinn abziehen können. Dies wird zu Mindereinnahmen von 220 Millionen Franken führen – wobei negative Überraschungen wie bei der USR II nicht ausgeschlossen sind. Zusammen mit den höhe-

ren Zahlungen an die Kantone, die der Bund als Polster für die Senkung der kantonalen Gewinnsteuern leistet, reisst die USR III ein Loch von über 1,3 Milliarden in die Bundeskasse.

## Blackbox bei den Kantonen

Die Kantone wiederum können die zinsbereinigte Gewinnsteuer ebenfalls einführen, sofern sie die mit der USR II eingeführte privilegierte Dividendenbesteuerung auf mindestens 60 Prozent anheben. Mit einer Patentbox sind Steuererleichterungen für Erträge aus Immaterialgüterrechten aller Art vorgesehen. Für Forschung und Entwicklung werden in den Kantonen neu Abzüge von bis zu 150 Prozent (!) möglich. Die meisten Kantone werden zudem die Gewinnsteuern für alle Unternehmen senken. Das ist formal zwar nicht Teil des Pakets, aber wichtiges Element der USR III.

Wie sich das in den kantonalen Kassen auswirkt, bleibt vorerst im Dunkeln. Das Beispiel des Kantons Zürich zeigt aber, in welche Richtung es geht: Sollte Zürich das ganze Sortiment an möglichen Abzügen für Unternehmen einsetzen und die Gewinnsteuern um 2 Prozentpunkte auf 18 Prozent senken, so resultiert ein Einnahmeverlust von einer halben Milliarde für Kanton und Gemeinden.

## Löcher in den Gemeindekassen

Dramatisch wird die Situation für viele Gemeinden. Das zeigt das Beispiel der Stadt Bern: Gemeinderätin Ursula Wyss verweist

auf den Einnahmeausfall bei den Unternehmenssteuern von rund 35 Millionen Franken, ein Minus von 40 Prozent. Statt der geplanten zusätzlichen Leistungen bei der familienexternen Kinderbetreuung, bei der Frühförderung oder bei der Integration drohe in der Stadt Bern ein Leistungsabbau, warnt die SP-Gemeinderätin zu Recht.

Die SP verlangt mit dem Referendum eine ausgewogenere Vorlage. Allein die nötigen Korrekturen an der mit der USR II eingeführten massiv tieferen Dividendenbesteuerung bei Aktionären mit einer Beteiligung von mindestens 10 Prozent brächten beim Bund und in den Kantonen den nötigen Ausgleich. Damit könnte der Bund zugleich die Ausgleichszahlungen an die Kantone reduzieren. Eine ausgewogene Alternative ist somit möglich.

## USR III schadet dem Standort Schweiz

Die Schweiz ist im internationalen Vergleich sehr wettbewerbsfähig. Die Steuern machen nur einen Teil der Standortqualität aus. Wichtiger sind eine gute Infrastruktur, Forschung und Entwicklung, eine gute Bildung für alle, Kultur, Sicherheit und eine gute Lebensqualität. Eine Politik, die nur auf den Steuerwettbewerb setzt, greift zu kurz. Zudem drohen für all jene, die auf öffentliche Leistungen angewiesen sind, ein Leistungsabbau beim Service public und den Sozialleistungen oder gar Steuererhöhungen für die natürlichen Personen. Wir wollen eine sozial und standortpolitisch nachhaltige USR III. Das Referendum öffnet den Weg dazu.

Susanne Leutenegger Oberholzer, Nationalrätin BL

# Barbara Kern – die Kämpferin für die SP Thurgau

Barbara Kern steht seit knapp 20 Jahren für die SP Thurgau an vorderster Front. 2010 wurde sie als erste Frau zur Präsidentin der SP Thurgau gewählt. Dieses Amt gibt sie nun ab. Kämpfen aber wird sie noch lange.

## Ihre Motivation: Weniger altmodisch und konservativ

Barbara Kern begann ihre Politkarriere, nachdem sie nach 24-jähriger Abwesenheit zwecks Ausbildungen in Pflege und Anästhesie im Kanton Zürich wieder zurück in ihren Heimatkanton gezogen war. «Ich empfand den Thurgau im Vergleich zu Zürich als altmodisch und konservativ. Ich habe gemerkt, ich muss mich einsetzen, damit sich etwas ändert.» So hat sie im Jahr 1997, nachdem sie kurz bei den Grünen geschnuppert hatte, sich voll und ganz für die SP entschieden. Und seit da ist Barbara Kern aus der Partei nicht mehr wegzudenken. Erst kam sie in den Kreuzlinger Gemeinderat, dann 2004 in den Kantonsrat und im Jahr 2010 wurde sie zur Präsidentin der SP Thurgau gewählt.

## Ihre Arbeit: schönste Aufgabe und knallharter Knochenjob

Als Präsidentin der SP Thurgau konnte Barbara Kern mehr Ein-

fluss nehmen und sich politisch voll einsetzen. Aber es war auch eine Umstellung, plötzlich war sie eine öffentliche Person und musste für Anfragen so gut wie immer erreichbar sein. «Präsidentin zu sein ist eine schöne Aufgabe, aber auch ein knallharter Knochenjob», sagt sie selbst. Es gab frustrierende Momente, aber auch viele inspirierende Augenblicke, wie den Kantonsratswahlkampf 2012, als drei der verlorenen sechs Sitze wieder zurückgewonnen wurden, oder aber die sensationelle Wiederwahl von Cornelia Komposch. Auch hat Barbara Kern die Beziehungen zur JUSO sehr geschätzt und die Zusammenarbeit genossen. «Sie sind die politische Zukunft, sie sind wichtig für unseren Kanton und unsere Partei.»

## Ihre Vision: Mehr Rot

Auch ohne die Arbeit als Präsidentin bleibt Barbara Kern dem Kern der Sache treu. Mit ihren Aufgaben im Stadtrat und im Kantonsrat wird sie weiterhin für «Mehr Rot» eintreten, mit dem Ziel, die sozialdemokratische Politik im Thurgau zu fordern und zu fördern. «Der Thurgau ist einer der landschaftlich schönsten Kantone der Schweiz, aber politisch ist es manchmal schon ein schwie-



Text von Fiona Feuz

riges Pflaster.» Barbara Kern ist es wichtig, dass die SP in der Öffentlichkeit in Zukunft mehr und besser präsent ist, damit der Thurgau ein Kanton mit mehr Offenheit wird.



## Ihr Interesse: das Land der Philosophie

Wenn Barbara Kern einmal nicht für die SP unterwegs ist, könnte es sein, dass man sie in ihrer Wahlheimat Griechenland findet. Denn neben der Leidenschaft für die Partei liebt Barbara das Land von Herkules und Zeus über alles. Seit 1989 besucht sie die Insel Korfu jedes Jahr und spricht fließend Griechisch. So hat Barbara noch zwei Ziele für die Zeit nach der Pensionierung: Sie möchte ihr Studium in Neugriechisch abschliessen und sich in Griechenland niederlassen.

Aber bis dahin kämpft sie weiter – unter anderem mit AC/DC in den Ohren – für einen offenen, sozialdemokratischen Thurgau.

Das Amt gibt sie ab. Kämpfen aber wird sie noch lange.

**JA**  
ZU FAIREN  
UNTERNEHMENS-  
STEUERN  
STATT ZWANGSFERIEN

**JA**  
ZU FAIREN  
UNTERNEHMENS-  
STEUERN  
STATT GESCHLOSSENE  
SCHULEN

**JA**  
ZU FAIREN  
UNTERNEHMENS-  
STEUERN  
STATT SPAREN BEI  
BEHINDERTEN

# Ja zu fairen Unternehmenssteuern!

Kurz vor den Sommerferien kam es schlimmer als je erwartet. Die bürgerliche Männerregierung hat sich einmal mehr gewaltig verschätzt: Luzern bekommt satte 37,3 Millionen Franken weniger als erwartet. Damit wächst das Finanzloch für die nächsten drei Jahre noch einmal stark an. Der Leistungsabbau droht ungebremst weiterzugehen.

Die Luzerner Tiefsteuerstrategie ist kläglich gescheitert und es ist auch keine Besserung in Sicht. Die bürgerlichen Parteien haben kein Rezept, um die Kantonsfinanzen zu stabilisieren. Dennoch halten sie stur an der Tiefsteuerstrategie fest.

Mit unserer Initiative «Für faire Unternehmenssteuern» bieten wir die Möglichkeit zu einer ersten Korrektur. Wir fordern die Erhöhung der Unternehmenssteuern um gerade mal 0,75 Prozent (von 1,5 Prozent auf 2,25 Prozent, nachdem diese erst

von 4 Prozent auf 3 Prozent gesenkt und danach auch noch halbiert wurden!). Damit können wir die Trendwende einläuten, damit der Kanton Luzern wieder handlungsfähig wird und lebenswert bleibt.

Am 25. September, also in rund sechs Wochen, stimmt das Luzerner Volk darüber ab. Das bürgerliche Gegnerkomitee, angeführt vom Gewerbeverband, hat volle Kampfkassen und wird eine aufwändige Kampagne gegen uns führen. Wir zählen deshalb umso mehr auf das Engagement von euch: unseren Mitgliedern und Sektionen – jede Unterstützung ist willkommen.

Wer *Flyer* verteilen, an einer *Standaktion* teilnehmen oder beim *Plakatestellen* helfen kann, melde sich bei seiner Sektion oder direkt beim Seki unter [info@sp-luzern.ch](mailto:info@sp-luzern.ch). *Allwetterplakate* für Balkone sind ebenfalls beim Seki erhältlich. Ideen



Priska Lorenz, Vizepräsidentin SP Kanton Luzern

und Hilfe beim *Leserbriefschreiben* bietet das Argumentarium auf der Kampagnenwebseite [www.faire-unternehmenssteuern.ch](http://www.faire-unternehmenssteuern.ch).

Auch auf *Spenden* sind wir angewiesen, damit wir die Kampagne finanzieren können. Spenden kann man online auf [www.faire-unternehmenssteuern.ch](http://www.faire-unternehmenssteuern.ch). Dort kann man auch einen Einzahlungsschein bestellen.

Liebe Genossinnen und Genossen, gemeinsam können wir am 25. September gewinnen! Im Voraus herzlichen Dank für euer Engagement.

**Liebe Genossinnen und Genossen, gemeinsam können wir am 25. September gewinnen!**

## WO IST DER AARGAU HINGEKOMMEN?

Letzte Woche vor den Sommerferien:

■ Die nächsten Abbaumassnahmen werden vom Regierungsrat angekündigt.

■ In Baden findet die «Funkenflug-Prämierung» von fünf tollen Schul-Kulturprojekten statt, und SVP-Bildungsdirektor Hürzeler meint in seiner Laudatio: Lehrkräfte seien halt nicht nur gefordert, gute Wissensvermittlung zu bieten...

■ In Aarau verlangt SVP-Grossrätin Maya Meier, das Kunsthaus sei an einen günstigeren Standort zu verlegen. CVP-Finanzdirektor Roland Brogli reagiert darauf nicht mit einer deutlichen Absage, sondern meint, er sei für jeden Sparvorschlag dankbar.

Wo nur sind wir hingekommen? Wo ist der solidarisch und nachhaltig finanzierte Kanton geblieben, der sich auszeichnet durch gute Dienstleistungen in Bildung, Kultur, Gesundheit, Umwelt und Sozialwesen? Die Resolution, die wir am Parteitag vom 11. Juni verabschiedet und die Petition, die wir lanciert haben, verlangen konstruktive Lösungen für das drohende Finanzdebakel. Bitte unterschreibt unsere online-Petition [www.sp-aargau.ch/petition](http://www.sp-aargau.ch/petition) und leitet sie weiter. Wir wollen vor der Budgetdebatte im Herbst zusammen mit vielen Unterstützenden ein klares und unmissverständliches Zeichen setzen.

Eine Wende in der Aargauer Politik – das gibt es nur mit uns!

Elisabeth Burgener von Gipf-Oberfrick ist SP-Grossrätin und Co-Präsidentin der SP Aargau.

## Gekommen, um zu arbeiten – geblieben, um zu leben

Urs Hofmann von Aarau ist SP-Regierungsrat. Er stellt sich im Herbst wieder zur Wahl.



Noch sehr gut erinnere ich mich an meine italienischen Schulkolleginnen und -kollegen aus der Aarauer Telli, wo ich aufgewachsen bin. Sie waren die Kinder der Einwandererfamilien, die in den 50er-Jahren in unser Land gekommen waren. Die Mütter führten uns in eine neue kulinarische Welt ein. Bei meinem Klassenkameraden Tommaso aus der Gegend um Neapel ass ich das erste Mal eine richtige Pizza. Verständigen konnte ich mit seinen Eltern kaum. Die Mutter arbeitete in der Schoggi Frey, die damals noch in der Telli Schokolade produzierte, der Vater auf dem Bau. Da kamen beide mit ihrem Italienisch gut durch. Richtig Deutsch gelernt haben viele dieser Migrantinnen und Migranten bis heute nicht.

Die Mütter und Väter meiner italienischen Schulkollegen gehören heute zu den Ausländerinnen und Ausländern, die – wenn sie noch leben – im hohen Pensionsalter stehen. Sie kamen, um hier zu arbeiten und wollten nach ihrer Pensionierung in ihr Häuschen nach Italien zurückkehren. Doch die meisten von ihnen blieben in der Schweiz oder kehrten schon nach kurzer Zeit wieder hierher zurück. Kein Wunder: Ihnen fehlten die persönlichen Verbindungen im Herkunftsland, ihre Kinder und Enkelkinder leben hier, und auch sie selbst haben ihr Beziehungsnetz in unserem Land aufgebaut.

«Gekommen, um zu arbeiten – geblieben, um zu leben». Unter diesem Titel führte das Forum Integration im Juni in Aarau eine Veranstaltung zum Thema «Migration und Alter» durch. Dabei zeigte sich, dass viele betagte Migrantinnen und Migranten isoliert sind und die Angebote für alte Menschen kaum nutzen. Oft sind Barrieren sprachlicher und kultureller Natur der Grund, aber auch ein mangelndes Selbst-

bewusstsein. Zeigen wir den betagten Frauen und Männern, die vor vielen Jahren zum Arbeiten zu uns in die Schweiz gekommen sind, dass sie Teil unserer Gesellschaft sind! Sie haben massgeblich zum Wohlstand unseres Landes beigetragen. Wir sind es den Seniorinnen und Senioren aus Italien, Spanien, Portugal und anderen Ländern schuldig, ihnen einen würdigen Lebensabend in der Schweiz zu gewährleisten. Und dazu gehört auch, ihnen immer wieder danke zu sagen für alles, was sie hier geleistet haben.

Was als fremd gilt unter uns, wandelt sich. Doch die Fremden waren immer Menschen auf der Suche nach ihrem Glück. Und dieses Mensch-Sein zeigt sich nirgends eindrücklicher als darin, dass nun auch Migrantinnen und Migranten nicht mehr jung sind und Kinder und Enkel haben. Sie sind älter geworden. Wie wir auch.



**Herzlichen  
Dank, Res!  
Merci  
beaucoup,  
Philippe!**



David Stampfli,  
Parteisekretär der  
SP Kanton Bern

Am Parteitag vom 11. Juni 2016 in Belp hat die SP Kanton Bern die Regierungsräte Philippe Perrenoud und Andreas Rickenbacher verabschiedet.

Der Autor und Satiriker Heinz Däpp würdigte ihr Schaffen in einem eigens zusammengestellten Programm. Mit seinen Gedanken über die Zeit nach dem Regierungsrat sorgte er für viele Lacher. Ob Res wohl tatsächlich im gleichen Tempo weiterfährt wie als Regierungsrat, während Philippe es deutlich ruhiger angeht, wie Heinz Däpp orakelte? Die Zukunft wird es weisen. An dieser Stelle wollen wir aber nicht voraus-, sondern zurückschauen, und zwar auf zehn Jahre Regierungspolitik mit Res Rickenbacher und Philippe Perrenoud.

### Überraschung 2006

Am 9. April 2006 geschah die grosse Überraschung. Bei den Regierungsratswahlen setzte sich das Bündnis von SP und Grünen durch und eroberte vier der sieben Sitze. Neben der Bisherigen Barbara Egger und dem Grünen Bernhard Pulver wurden Andreas Rickenbacher aus Jens und Philippe Perrenoud aus Tramelan gewählt. Während sich Res als Grossrat und als Fraktionspräsident schon einen Namen in der Politik gemacht hatte, war Philippe nur kurze Zeit im Grossen Rat gewesen und viel-

mehr als Direktor der Klinik Bellelay in Erscheinung getreten. Wenig überraschend übernahm er die Gesundheits- und Fürsorgedirektion, die er in den folgenden zehn Jahren durch schwierige Gewässer führen musste. Res wurde Volkswirtschaftsdirektor, was zu ihm als erfahrenem Unternehmer passte.

### Rot-grüne Mehrheit zweimal verteidigt

Sowohl 2010 als auch 2014 konnten die beiden zusammen mit Barbara Egger und Bernhard Pulver die rot-grüne Mehrheit verteidigen. Sie prägten den Kanton Bern in dieser Zeit nachhaltig. Einfach war dies nie. Die bürgerliche Grossratsmehrheit tat alles, um der linken Regierung das Leben schwer zu machen. Gerade Philippe musste viel einstecken. Dennoch verfolgte er zielstrebig seinen Weg und blieb unseren linken Prinzipien treu. Dafür gebührt ihm ganz grosser Respekt. Trotz aller Hindernisse, die ihm von bürgerlicher Seite in den Weg gestellt wurden, konnte er in seiner sehr schwierigen Direktion einiges erreichen. Die Spitalplanung war ein zentrales Thema und mit dem Armutsbericht konnte er ein wenig beachtetes, aber wichtiges Thema in den Fokus der Öffentlichkeit rücken. Zudem führte er das Juradossier mit Geschick und konnte dank seiner ausgleichenden Politik

die Situation merklich entkrampfen. Res prägte die Wirtschaftsstrategie des Kantons und setzte sich für Nachhaltigkeit ein. Gegenüber seiner eigenen Fraktion musste er sich dann rechtfertigen, wenn er es nach deren Gusto etwas zu gut meinte mit den Unternehmen im Kanton Bern. Res wurde aber nicht müde, die Genossen und Genossinnen daran zu erinnern, dass die guten Leistungen des Staats auch dank neuen Unternehmen finanziert werden können. Verschiedene Ansiedlungsprojekte brachten denn auch nachhaltige Arbeitsplätze mit sich. Besonders stolz war Res auf den Swiss Innovation Park, den er nach Biel bringen konnte, sowie auf das Swiss Institute for Translational and Entrepreneurial Medicine (sitem-insel).

### Rücktritt nach 10 Jahren Regierungsarbeit

Nach zehn intensiven Jahren Regierungstätigkeit entschieden sich die beiden, zurückzutreten. Res und Philippe haben sich während zehn Jahren mit Herzblut als Regierungsräte für den Kanton Bern und die Sozialdemokratie eingesetzt. Wir wünschen unseren beiden Genossen alles Gute und viel Zeit für private Projekte und ihre Familie. Herzlichen Dank, Res. Merci beaucoup, Philippe!

# Welche Zukunft für die Langzeitpflege?



**DIE CHANCE, IN DEN LETZTEN LEBENSJAHREN SCHWER ZU ERKRANKEN UND AUF PFLEGE UND BETREUUNG ANGEWIESEN ZU SEIN, BETRÄGT MEHR ALS FÜNFZIG PROZENT. DAS THEMA LANGZEITPFLEGE GEHT DARUM ALLE AN – ALS BETROFFENE ODER ANGEHÖRIGE.**

Beat Ringger,  
Geschäftsleitender  
Sekretär Denknetz

Fachleute sind sich einig: Die Angebotsstruktur für Pflege und Betreuung ist in der Schweiz nur noch beschränkt zeitgemäss, das Finanzierungssystem ist komplex und mit Fehlanreizen behaftet, die Unterstützung für pflegende Angehörige vielfach ungenügend. Aus demografischen Gründen wird zudem die Zahl der Pflegeabhängigen von heute 125 000 auf 186 000 im Jahr 2030 steigen. Auf diese Herausforderung ist die Schweiz schlecht vorbereitet.

## Die Linke ist gefordert

Der Bundesrat hat im Mai 2016 eine Auslegeordnung vorgenommen. Das Augenmerk seines Berichts liegt dabei auf den öffentlichen Finanzen. Die Kantone stünden vor grossen Herausforderungen, Vorschläge für eine neue Pflegeversicherung müssten nun ins Auge gefasst werden. Viele Personen und Organisationen stehen solchen Vorschlägen jedoch kritisch gegenüber. Kritik erntet der Bundesrat auch dafür, dass er die wachsenden Belastungen für die

Haushalte ausblendet (siehe Kasten unten).

Die Linke und insbesondere die SP sind herausgefordert, Positionen zu entwickeln. Das Denknetz organisiert deshalb am 2. September eine Tagung, an der die bundesrätliche Sicht erläutert und kritisch unter die Lupe genommen wird. Blicke nach Dänemark und in den Kanton Waadt sollen zeigen, wie eine zukunftsfähige Langzeitpflege aussehen kann. Leistungserbringer und Personalverbände erläutern ihre Sicht, und die Plattform «Gutes Alter» stellt vor, wie sie sich in diese Debatte einbringen will. Die Tagung wird von dreizehn Organisationen unterstützt, unter anderem auch von der SP60+.

## «Unhaltbares Zerrbild»

Die Denknetz-Fachgruppe Langzeitpflege wirft dem Bundesrat vor, in seinem Bericht ein «unhaltbares Zerrbild» zu vermitteln. «Wer seine Sicht ausschliesslich auf die Belastung der öffentlichen Hand einengt, wer also die Belastungen der privaten Haushalte durch unbezahlte Care-Arbeit sowie durch Betreuungs- und Hotelleriekosten ausblendet, der erzeugt die Illusion, man könne sparen. Dies ist nicht der Fall: Man kann lediglich die Kosten und Belastungen auf die privaten Haushalte überwälzen. Doch gerade hier zeichnen sich massive Engpässe ab: Die Zahl der Personen, die ausschliesslich Haushaltarbeit leisten, ist von 8,6% (1995) auf 3% (2015) gesunken. Und angesichts der demografischen Entwicklung sinkt auch die Zahl der Kinder deutlich, die sich um ihre Eltern kümmern können. Doch dazu findet sich im bundesrätlichen Bericht kein einziges Wort.» Damit leiste der Bundesrat einer gefährlichen Falschrichtung Vorschub: einer Pflegeversicherung, die aller Voraussicht nach dem Muster der Krankenkassen folgen und über Kopfprämien finanziert würde. «Eine solche «Lösung» würde die Normalverdienenden zusätzlich massiv belasten. Gerade deshalb werden wohl auch auf der Seite des Leistungskatalogs zentrale Verbesserungen aus Abschied und Traktanden fallen.» Demgegenüber favorisiert die Denknetz-Fachgruppe einen Weg, der die Verbesserung und Stützung einer guten Langzeitpflege für alle ins Zentrum rückt, in der Überzeugung, dass dies die Gesellschaft insgesamt nicht teurer zu stehen kommt, sondern Solidarität und Lebensqualität sichert. Die öffentlichen Einrichtungen in der Langzeitpflege müssten den heutigen Gegebenheiten angepasst (Stichwort: betreutes Wohnen), Pflege und Betreuung müssten als Ganzheit betrachtet, die erbrachten Leistungen viel besser koordiniert und die Prävention gestärkt werden. Zur Finanzierung meint sie: «Da die Schweiz im internationalen Vergleich sehr wenig Steuermittel für die Langzeitpflege und -betreuung aufbringt, befürworten wir steuerfinanzierte Lösungen. Der Bund soll sich – zumindest für die nächsten 25 Jahre, in denen der Bedarf aus demografischen Gründen besonders hoch sein wird – verstärkt finanziell engagieren und damit Kantone und Gemeinden entlasten.» Der Weg zu diesem Ziel führe über eine neue bundesweite Gesetzgebung.



Ex-Press

## Denknetz-Tagung: Langzeitpflege wohin?

Freitag, 2. September 2016, 10.15–15.45 Uhr  
Bern, Hotel Bern, Zeughausgasse 9

Mit **Oliver Peters** (Vizedirektor Bundesamt für Gesundheit), **Stephanie Monod** (cheffe du Service de la santé publique du canton de Vaud), **Camille Aglione** (Stv. Leiter Fachbereich Alter Curaviva), **Barbara Gysi** (Nationalrätin, Mitglied SGK-N), **Marie-Louise Barben** (Mitglied Manifestgruppe der GrossmütterRevolution), **Marianne Meyer** (VPOD-Regionalsekretärin Basel), **Beat Ringger** (Denknetz), **Hans Rudolf Schönenberg** (Präsident Arbeitsgruppe Gesundheit Schweiz. Seniorenrat SSR), **Kurt Seifert** (Leiter Forschung und Grundlagenarbeit Pro Senectute), **Adrian Durtschi** (Unia Schweiz), **Sophie Ley** (Vizepräsidentin SBK Schweiz).

An der Tagung wird simultan auf Deutsch/Französisch übersetzt.

Anmeldung: per E-Mail an [tagung@denknetz.ch](mailto:tagung@denknetz.ch) bis am 30. August 2016. Die Anmeldung ist verbindlich.  
Programm und weitere Informationen: [www.denknetz.ch](http://www.denknetz.ch)

# Auf zu neuen Ufern!

**DIE SP FRAUEN IST IN AUFBRUCHSTIMMUNG. SIE HAT NEU NICHT NUR EIN STERNCHEN IM NAMEN UND HEISST JETZT SP FRAUEN\*, SONDERN HAT MIT NATASCHA WEY UND CESLA AMARELLE AUCH EIN CO-PRÄSIDIUM ERHALTEN.**



Das neue Co-Präsidium der SP Frauen\*: Cesla Amarelle und Natascha Wey.

Im Februar kündigte Yvonne Feri an, ihr Amt als Präsidentin der SP Frauen\* Schweiz abzugeben, das sie seit 2012 innehatte. Unter der Leitung von Yvonne lancierte die SP Frauen\* eine Kampagne zur Lohngleichheit und kämpfte gegen die Erhöhung des Frauenrentenalters im Rahmen der Altersvorsorge-reform 2020. Ebenso bekämpfte sie mit Erfolg Volksbegehren wie die

«SVP-Familieninitiative» oder die Initiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache». Die Bekämpfung von sexueller Gewalt sowie von häuslicher Gewalt sind weitere Themen, bei denen sich Yvonne stark engagierte. Die SP Frauen\* dankt ihr für die Zusammenarbeit. Ebenfalls danken wir Lea Kusano, die aus der Geschäftsleitung zurückgetreten ist.

Die SP Frauen\* engagiert sich weiter für Gleichstellung, die Anerkennung der Care-Arbeit und gegen Sexismus.

## Neues Co-Präsidium ...

An der Mitgliederversammlung vom 2. Juli in Bern wählten die Delegierten Natascha Wey ins Co-Präsidium. Die Historikerin aus Zürich arbeitet als Zentralsekretärin des Verbands des Personals öffentlicher Dienste (VPOD). Sie übernimmt das Präsidium zusammen mit der Nationalrätin Cesla Amarelle, die während der letzten vier Monate Interimspräsidentin gewesen ist. Neben der Wahl ins Präsidium wurde Nationalrätin Min Li Marti als Mitglied in die Geschäftsleitung gewählt, wo sie der Tessinerin Jacqueline Rohrer zur Seite steht.

## ... neue Strukturen ...

Diese Veränderungen läuten eine neue Dynamik für die SP Frauen\* ein. Das wichtige SP-Organ ist in einer Phase des Umbruchs: Die Statuten, die Struktur und die internen Abläufe werden modifiziert und angepasst. Bereits im Februar dieses Jahres hat sich die SP Frauen\* einen neuen Namen gegeben, der symbolisch für die Öffnung gegenüber Trans\*-Frauen steht. Die Mitglieder haben zudem die Geschäftsleitung vergrössert: Sie umfasst neu 9 Sitze und repräsentiert die wichtigsten Regionen der Schweiz. Aus diesem Grund sucht die SP Frauen\* nach motivierten Frauen\* für die neu geschaffenen Posten.

## ... und etwas zu feiern

2017 feiert die SP Frauen\* ihr 100-jähriges Bestehen. Auf politischer Ebene wird sie auch weiterhin für wirtschaftliche Gleichstellung, die Anerkennung der Care-Arbeit und das Ende des Sexismus eintreten. Dieser historische Kampf ist im gegenwärtigen Migrations- und Globalisierungskontext umso wichtiger, als die Frauen oft am meisten von den Missständen, die damit einhergehen, betroffen sind. Der neue Elan der SP Frauen\* ist die beste Voraussetzung, um diese Herausforderung in Zukunft noch effizienter meistern zu können.

Nadège Piller, Stellvertreterin der Zentralsekretärin SP Frauen\*

Im Hinblick auf die ausserordentliche Mitgliederversammlung vom 19. November 2016 sind bei der SP Frauen\* vier Stellen zu besetzen.

## MITGLIEDER DER GESCHÄFTSLEITUNG

Die Geschäftsleitung der SP Frauen\* Schweiz hat den Auftrag, die strategische Ausrichtung festzulegen, Kampagnen durchzuführen und Entscheide umzusetzen sowie die Beziehungen zu den Mitgliedern zu pflegen. Am 2. Juli 2016 hat die SP Frauen\* entschieden, die Geschäftsleitung zu erweitern. Sie setzt sich aus dem Präsidium und sechs weiteren Frauen zusammen. Vier Stellen sind zu besetzen.

Weitere Auskünfte erteilen Natascha Wey (natascha.wey@spschweiz.ch), Co-Präsidentin SP Frauen\* Schweiz, sowie Nadège Piller (nadege.piller@spschweiz.ch), Stellvertreterin der Zentralsekretärin SP Frauen\* Schweiz.

Die Bewerbungen sind mit kurzer Beschreibung der Motivation sowie kurzem Lebenslauf bis am 28. Oktober 2016 an folgende Adresse zu schicken: spfrauen@spschweiz.ch. Die Wahl erfolgt an der Mitgliederversammlung vom Samstag, 19. November 2016.



Es sind so viele Menschen wie noch nie auf der Flucht und Europa reagiert mit neuen Grenzzäunen.

# Hoffnung kommt von unten

dreamstime

**WÄHREND DIE EUROPÄISCHEN REGIERUNGEN DAMIT BESCHÄFTIGT SIND, FLÜCHTLINGE AN DER EINREISE IN DIE EU ZU HINDERN, HAT SICH AUF DER SOGENANTEN BALKANROUTE EIN NETZWERK VON AKTIVISTINEN UND AKTIVISTEN GEBILDET, WELCHES DIE MENSCHEN AUF DER FLUCHT UNTERSTÜTZT.**

Seit 2015 sind weit über eine Million Menschen aus Kriegsgebieten wie Syrien, Irak oder Afghanistan nach Europa geflüchtet. Die europäischen Regierungen tun alles dafür, dass in Zukunft weit weniger Menschen bei uns Sicherheit finden. So haben sie im März dieses Jahres die sogenannte Balkanroute für geschlossen erklärt und die mazedonische Grenze militarisiert. Den rund 45 000 Flüchtlingen in Griechenland soll auf diese Weise die Weiterreise nach Norden verunmöglicht werden. Lieber noch soll die dreckige Flüchtlingsabwehr möglichst weit weg von uns geschehen: Der EU/Türkei-Deal und Verträge mit südlichen Mittelmeerstaaten wie Tunesien oder Marokko sollen sicherstellen, dass Flüchtlinge gar nicht erst unseren Kontinent betreten.

## Massengrab Mittelmeer

Diese Flüchtlingsabwehr hat Folgen: Bereits im ersten Halbjahr 2016 sind über 3000 Menschen auf der Flucht im Mittelmeer ertrunken. Es ist bislang das tödlichste Jahr. Dieses Massensterben ist eine direkte Folge der europäischen Abschottungspolitik, denn die Flüchtlinge müssen immer gefährlichere Überfahrten, wie etwa von Libyen nach Italien, auf sich nehmen. Dabei haben bewaffnete Konflikte und Verfolgung weltweit mehr Menschen aus ihren Heimatorten vertrieben, als jemals zuvor von den Vereinten Nationen verzeichnet wurden. Es sind so vie-

le Menschen wie noch nie auf der Flucht. Und Europa reagiert mit neuen Grenzzäunen.

## Hoffnung in Belgrad

Das Europa der Regierungen ist heute ein Europa der Schande. Hoffnung kommt nicht aus den Parlamenten und Regierungssitzen, sondern von unten. So zum Beispiel aus Belgrad: In der Innenstadt ist ein ehemaliges Hostel zu einer Gratisunterkunft für Flüchtlinge umfunktioniert worden. Betrieben und finanziert wird es von aktivistischen Netzwerken und dem Hilfswerk Medico Deutschland. Eine syrische Mutter, welche mit ihrer Tochter auf der Flucht ist, erzählt, was sie in den letzten zwei Wochen erlebt hat: «In Griechenland konnten wir nicht länger bleiben. Wir haben monatelang in einem Zelt ausgeharrt, konnten keinen Asylantrag stellen und hatten keinerlei Perspektiven. Deshalb mussten wir weiter. Im Norden Griechenlands haben wir die Grenze zu Mazedonien überquert. Es war hart in den Bergen. Wir watenen durch Flüsse, konnten nur in der Nacht gehen, um nicht entdeckt zu werden, und die letzten zwei Tage hatten wir nichts mehr zu essen. Doch wir haben die serbische Grenze erreicht und sind von da nach Belgrad gekommen. Hier versuchen wir uns zu erholen. Wir haben ein Zimmer, können duschen und unsere Kleider waschen. Dann gehen wir weiter.»



Tom Cassee arbeitete im Wahlkampf 2015 für die SP Schweiz als Co-Leiter der Basiskampagne und ist im Vorstand der SP3 der Stadt Zürich. Seit November 2015 ist er regelmässig auf dem Balkan und in Griechenland und unterstützt Menschen auf der Flucht.

## Unterstützung auf der ganzen Balkanroute

Mehrere hundert Geflüchtete kommen jeden Tag in Belgrad an, die meisten über Mazedonien und Bulgarien. Auf der ganzen Balkanroute hat sich ein Netzwerk von Aktivistinnen und Aktivisten gebildet, welches die Menschen auf der Flucht unterstützt. Beispielsweise mit Verpflegung oder Unterkünften, in denen sich die Flüchtlinge erholen können. Zum Teil geschieht dieses Engagement klandestin, denn in vielen Ländern wird diese Form der Solidarität bereits als Beihilfe zur Schlepperei kriminalisiert. Aber nur wenige lassen sich davon abschrecken. Wer mit einer syrischen Familie aus Aleppo über die EU-Politik der Abschottung spricht, kann gar nicht anders, als die Menschen zu unterstützen, die beharrlich und mit unglaublichem Durchhaltewillen das Grenzregime zu überwinden versuchen. Der Lohn für das Engagement sind die vielen dankbaren Nachrichten von Menschen, die nach monatelanger Flucht in einem sicheren Land angekommen sind und dort ein neues Leben aufbauen können.

## UND DIE SCHWEIZ?

Auch die Schweizer Regierung übt sich in unterlassener Hilfeleistung. Obwohl von grosszügigen Kontingenten für syrische Kriegsflüchtlinge die Rede war, sind in den ersten sechs Monaten dieses Jahres gerade einmal 253 Menschen über das Resettlement-Programm des UNO-Hochkommissariats für Flüchtlinge direkt aus dem Libanon aufgenommen worden. Das ist weniger als ein Flüchtling auf 30 000 EinwohnerInnen. Oder anders gesagt: Für eine Stadt wie Schaffhausen ist das genau ein Flüchtling. Es ist offensichtlich, dass wir mehr tun müssen.



## Mehr Demokratie zum 1. August

**AB 2018 KÖNNEN NUR NOCH MENSCHEN MIT C-AUSWEIS SCHWEIZERIN ODER SCHWEIZER WERDEN. ZUM 1. AUGUST HAT DIE SP DARUM ALLE IN DER SCHWEIZ LEBENDEN MENSCHEN MIT B-AUSWEIS AUFGEFORDERT, MÖGLICHST BALD EIN EINBÜRGERUNGSGESUCH ZU STELLEN. WEIL WIR MEHR DEMOKRATIE UND MEHR SCHWEIZ FÜR ALLE WOLLEN!**

Die Schweiz hat das strengste Einbürgerungsregime Europas. Über zwei Millionen Menschen in der Schweiz haben keinen Schweizer Pass. Der Weg zu einem solchen ist steinig – und er wird weiter erschwert. Denn das neue Bürgerrechtsgesetz, welches am 1. Januar 2018 in Kraft tritt, erhöht einzelne Hürden für die Erlangung des Schweizer Bürgerrechts zusätzlich. Ab diesem Datum wird allen, die in den drei Jahren vor ihrem Gesuch Sozialhilfe bezogen, die Einbürgerung verweigert, ausser sie haben diese zurückbezahlt. Weiter muss ein Sprachdiplom vorgelesen und ein einwandfreier Strafregisterauszug vorgelegt werden. Am wichtigsten jedoch: Ab dem 1. Januar 2018 können nur noch Menschen mit C-Ausweis den Schweizer Pass beantragen. Für alle mit einem B-Ausweis wird es diese Möglichkeit nicht mehr geben. Das betrifft 650 000 Menschen. Vor allem für Jugendliche stellt dies ein Problem dar, denn finanzielle Unabhängigkeit ist ein Kriterium für den C-Ausweis, das viele StudentInnen und SchülerInnen noch nicht erfüllen können.

Die SP Schweiz hat deshalb am 1. August gemeinsam mit der SP MigrantInnen einen Appell und eine Kampagne für die Einbürgerung von Menschen mit B-Ausweis lanciert. Wer keine Niederlassungsbewilligung (Ausweis C) hat, jedoch die restlichen Anforderungen an eine Einbürgerung erfüllt, soll möglichst bald ein Gesuch für eine Einbürgerung stellen, bevor am 1.1.2018 das verschärfte Bürgerrechtsgesetz in Kraft tritt. Für Kinder ab 11 Jahren kann von den Eltern ein Gesuch eingereicht werden – auch wenn die Eltern selbst die Bedingungen nicht vollumfänglich erfüllen.

Die SP wird über die Kantonalparteien darauf hinwirken, dass die Kantone per Brief alle Einbürgerungskandidatinnen und -kandidaten über die Voraussetzungen zur Einbürgerung informieren. Wir stehen auch selbst mit Rat und Tat zur Seite: Über 50 SP-Politikerinnen und SP-Politiker aus allen Landesteilen stehen als Beraterinnen und Berater zur Verfügung und helfen bei Fragen rund um den Einbürgerungsprozess. Die Liste findet sich unter [www.spschweiz.ch/beratung](http://www.spschweiz.ch/beratung)

**Um die Einbürgerung von Ausländern der dritten Generation zu erleichtern, hat die SP-Nationalrätin Ada Marra 2008 eine Parlamentarische Initiative eingereicht. Beide Räte haben dieser im Grundsatz zugestimmt und sobald das Parlament die Einzelheiten bereinigt hat, wird es eine Volksabstimmung über die Verfassungsänderung geben.**



# «Die Anzahl ist wahnsinnig»

**DIE NEUE JUSO-PRÄSIDENTIN TAMARA FUNICIELLO WILL MEHR LINKE MIGRATIONS POLITIK, MEHR FEMINISMUS UND MEHR INTERNATIONALE VERNETZUNG. UND SIE WILL, DASS DIE JUSOS LERNEN, WIE MAN EIGENSTÄNDIG DENKT.**

**Liebe Tamara, herzliche Gratulation zur Wahl! Wen haben die Jusos da zur Chefin gemacht?**

Ich bin 26, wohne in Bern und studiere seit einer Weile Geschichte und Sozialwissenschaften. Ich bin Migrantin – als ich drei Jahre alt war, zogen wir mit der Familie für sieben Jahre nach Sardinien. Das hat mich politisiert. Ebenfalls politisiert hat mich der Arbeitskampf meines Vaters in den Jahren 2008 und 2009 gegen die Massenentlassungen der Maschinenfabrik Wifag, wo er als Polymechniker arbeitete.

**Kommst du aus einem linken Elternhaus?**

Ja, meine Eltern waren schon immer politisch aktiv, jedoch nicht in der SP, sondern vor allem im linken, ausserparlamentarischen «Kuchen» rund um die Reithalle in Bern. Sie waren auch in Nicaragua, um die Revolution zu unterstützen.

**Wie bist du zur Juso gekommen?**

Das war 2012: Ich sass in einer Vorlesung und der Professor sprach darüber, dass sich heutzutage niemand mehr in Vereinen engagiere. Ich dachte: «Wart du nur», nahm mein Handy und trat via Webseite der Juso bei. Politisch aktiv war ich aber schon davor. 2010 habe ich die «Juventud Brigadista» gegründet, die Jugendorganisation der von meinen Eltern in den 80ern geschaffenen «Brigada Latinobernesese», die Kleinprojekte in Nicaragua unterstützt. Ausserdem bin ich seit dem Arbeitskampf meines Vaters Gewerkschaftsmitglied.

**Durch deine Wahl bist du in die Öffentlichkeit gerückt. Wie fühlt sich das an?**

Ich erhalte eine Plattform, die ich nutzen kann, um politische Inhalte zu platzieren, das ist sehr cool. Gleichzeitig ist die Anzahl Hassmails, die ich erhalte, wahnsinnig gestiegen. Da sind zum Teil wilde Sachen drunter – meist Bodyshaming, also Beschimpfungen, die auf meinen Körper abzielen, aber auch grobe Gewaltandrohungen. Kürzlich hat mir jemand eine Mas-



# Hassmails nig gestiegen»

Interview  
Andrea Bauer

senvergewaltigung gewünscht. Ich wurde auch schon auf der Strasse angeschrien. Das ist schon speziell.

**Wird sich die Politik der Juso unter dem Präsidium einer Frau ändern?**

Es gab vor mir erst eine Frau in diesem Amt, und zwar in den 70ern. Das zeigt auf, dass es immer noch nicht selbstverständlich ist, dass Frauen die gleichen Chancen haben wie Männer. Für die Politik der Juso spielt meine Wahl insofern eine Rolle, als ich Feministin bin und Feminismus einer meiner Schwerpunkte ist.

**Welche Themen beschäftigen dich sonst noch?**

Migration. Dass ich selber Migrantin bin, hat mich geprägt. Die Linke hat in diesem Thema zu wenig gemacht. Wir haben es nicht geschafft, zur Rechten ein Gegenprojekt aufzubauen.

**Wie muss dieses Gegenprojekt aussehen?**

Die Migrationsthematik hat zwar rechtsnationalistischen Parteien Aufschwung gegeben, gleichzeitig gibt es unglaublich viele meist junge Menschen, die ihre Jobs hingeschmissen haben, um in Griechenland oder auf Lampedusa Flüchtlingen zu helfen. Wir müssen diesen Menschen ein politisches Gefäss bieten und ihnen Antworten liefern, die sie in ihrem Engagement unterstützen und sie bekräftigen.

**Wie lauten diese Antworten?**

Das Thema Migration bietet uns die Möglichkeit, uns international zu vernetzen und internationalistische Lösungen zu finden. Wir müssen den herrschenden Diskurs aufbrechen, der die Grenzen zwischen Nationen zieht. Denn die Grenzen verlaufen nicht zwischen Nationen, sondern zwischen den Klassen.

**Du giltst als EU-kritisch, wie passt das mit deinem Ruf nach mehr Internationalismus zusammen?**

Die EU ist ein neoliberales Projekt. Vor kurzem war ich in Italien und habe beobachtet, wie vier alte Männer sich einen Espresso geteilt haben – einen Espresso für 80 Cent! Auch das ist die EU, dorthin hat sie uns geführt. Das Argument, die EU sei ein Friedensprojekt, gilt für mich nicht: Die EU hat den Krieg externalisiert, sie führt heute Krieg an ihren Grenzen. Seit Jahren schauen wir zu, wie im Mittelmeer Menschen ertrinken.

Die EU führt uns nicht dorthin, wo ich hinwill. Ich will ein linkes Gegenprojekt, mehr internationale linke Vernetzung.

**Das Problem ist doch nicht die EU als Institution, sondern die rechten Parteien, die die EU dominieren ...**

Ja, das sehe ich natürlich auch so. Und verstehe mich bitte nicht falsch. Wenn wir morgen der EU beitreten, dann wehre ich mich sicher nicht dagegen, ich stosse sogar darauf an. Aber sollen wir als Linke Energie aufwenden, um in diese Institution zu gelangen? Also ich will meine Energie da nicht reinstecken.

**Die Juso hat momentan kein grösseres Projekt am Laufen. Was habt ihr als Nächstes vor?**

Wir werden wieder ein Initiativprojekt lancieren. Im Moment können die Sektionen dazu Vorschläge einreichen, im November entscheidet die Basis.

**Was wäre dein Wunschprojekt?**

Ein Wunschprojekt habe ich nicht, ich bin aber überzeugt, dass das Thema Wirtschaft dabei zentral sein muss. Die Initiative muss die Machtfrage stellen: Wer hat Macht in unserem System – und wieso, zur Hölle?! Die Antwort darauf lautet: diejenigen, welche das Kapital haben. Diese Macht müssen wir grundlegend infrage stellen und schliesslich brechen.

**Ist die Juso bereit für ein neues Projekt?**

Wir haben einen grösseren Generationenwechsel hinter uns und die Quintessenz des Wahlkampfs 2015 war, dass wir eine Bildungsoffensive machen müssen. Die werden wir möglichst noch dieses Jahr lancieren. Bildung ist die stärkste und nachhaltigste Waffe gegen den Kapitalismus. Hier müssen wir ansetzen.

**Worin wird man als Juso denn so gebildet?**

Die Leute sollen in der Lage sein, eigenständig zu denken. Neoliberale und kapitalistische Gedanken beherrschen die Welt. Deswegen müssen wir uns bewusst sein. Und wir müssen den Leuten Alternativen aufzeigen. Wir sind nicht am Ende der Geschichte, es muss weitergehen. Im Vordergrund stehen Klassiker wie Marx, Gramsci, Lenin oder Rosa Luxemburg. Dabei versuchen wir immer, diese auf die heutigen Gegebenheiten anzuwenden. Und dann müssen wir dieses Wissen auf der Strasse umsetzen.

«RÜCKKEHR NACH REIMS» VON DIDIER ERIBON

# Eine Horizontalwahrnehmung haben

**EIN FREUND HAT MIR DIESES BUCH GESCHENKT, WEIL ER GLAUBTE, AUCH ICH WÜRDIE MEINE EIGENE GESCHICHTE DARIN WIEDERERKENNEN. ICH GLAUBE, ES IST FÜR ALLE POLITISCH INTERESSIERTEN INNERHALB DER LINKEN EINE SEHR LOHNENDE LEKTÜRE.**

«Rückkehr nach Reims» hätte ein süffiger Familienroman werden können. Doch der Mann, der sich da aufmacht, seine Kindheit und Jugend zu erkunden, ist Didier Eribon, wortmächtiger Kommentator des französischen Zeitgeschehens. Ein Linker. Ein Schwuler. Ein Intellektueller.

Als er Mitte der Nullerjahre zurückkehrt in die nordfranzösische Provinz, die er dreissig Jahre zuvor verlassen hat, erkennt er, dass sich alles verändert hat. Die Quartiere, die Milieus, die Politik. Vor allem aber: Die Arbeiterinnen und Arbeiter wählen jetzt rechts. Erschüttert setzt sich Eribon hin und ergründet, wie es so weit kommen konnte.

## Leben in zwei Welten

Eribon, der aus einer Arbeiterfamilie stammt, beschreibt in seinem Buch, wie er in zwei Welten lebte. In der Arbeiterstadt Reims schämte er sich für seine sexuelle Orientierung. An der Universität in Paris verschwie er hingegen, aus welchem Milieu er kam. Stattdessen versuchte er, sich die Sprache, ja das ganze Verhalten dieses neuen Milieus anzueignen, um nicht aufzufallen. Nicht auffallen bedeutete, nicht anders sein zu wollen. Doch immer wieder holte die Vergangenheit Eribon ein.

An dieser Stelle kreuzt sich meine eigene Geschichte mit derjenigen Eribons. Mit fünf Jahren bin ich in die Schweiz gekommen – im ehemaligen Jugoslawien begann der Bürgerkrieg. Meine Heimat ist die Schweiz, meine Wurzeln aber liegen auf dem Balkan. Ich stamme aus einer Akademikerfamilie, bis zum Studienabschluss habe ich es jedoch nicht geschafft. Ob in der Schweiz, im ehemaligen Jugoslawien oder innerhalb der Linken: Ich fühle mich immer ein bisschen anders. Im Balkan zu schweizerisch, in der Schweiz zu balkanisch und in der Linken zu wenig akademisch. Und ich habe heute noch Mühe damit, als «anders» aufzufallen. Es sind diese Momente, in denen mich meine Vergangenheit einholt.

## Die Klassenfrage

Zurück in Reims, erfährt Eribon, dass seine Mutter, die ihr ganzes Leben lang die Kommunisten gewählt hatte, nun dem Front National ihre Stimme gibt. Schuld am Niedergang der Linken bei den Arbeiterinnen und Arbeitern sei die Linke selbst, schreibt Eribon. Weil sie die Klassenfrage aufgegeben habe, es plötzlich nicht mehr wagte, von «Arbeiterinnen» und «Arbeitern» zu spre-



Andrea Arezina, Vizepräsidentin SP Kanton Zürich



Didier Eribon: Rückkehr nach Reims. Suhrkamp Verlag, 2016.

chen. Alle, die sich jemals als solche verstanden hätten, fühlten sich dadurch im Stich gelassen. Gleichzeitig sei der konservativen Rechten dadurch die Möglichkeit gegeben worden, eine neue Frage zu stellen – die «Ausländer-Frage». Sei die Linie früher klar zwischen Arbeiterschaft und Bourgeoisie verlaufen, werde heute zwischen «Französischen/Franzosen» und «Ausländerinnen/Ausländern» unterschieden.

## Die Welt als Ganzes sehen

Am Schluss des Buchs gibt uns Eribon ein wenig Hoffnung. Er hält eine Neuordnung für möglich, dafür seien aber einige entscheidende Voraussetzungen nötig. Es brauche eine kollektive Bewegung, die uns einerseits dabei hilft herauszufinden, wer wir sind, und uns andererseits die Möglichkeit des Zusammenschlusses bietet.

Wieso es sieben Jahren gedauert hat, bis dieses Buch ins Deutsche übersetzt wurde, kann ich mir nicht erklären. Für alle politisch Interessierten innerhalb der Linken ist es eine wichtige Lektüre. Denn, um es mit Eribon zu sagen: «Links zu sein heisst eine Horizontalwahrnehmung zu haben. Sprich die Welt als Ganzes zu sehen, die Probleme der Dritten Welt wichtiger zu finden als die des eigenen Viertels.»

## LIEBE VOLKSINITIATIVE, LASS DICH NICHT UNTERKRIEGEN!

Just zu Beginn des Sommerlochs hat eine rüstige alte Dame Geburtstag gefeiert: Die eidgenössische Volksinitiative ist 125 Jahre alt geworden. Allerlei Schabernack hat sie schon erdulden müssen. Beim Minarett-Verbot zum Beispiel hat die SVP durchgedrückt, dass der Bau von Gebetstürmen kategorisch verboten wird. Eine Bauvorschrift in der Verfassung – man muss nicht Rechtsprofessor sein, um das merkwürdig zu finden.

Aktuell widmet sich die Partei erneut einem baurechtlichen «Problem». Dieses Mal geht es quasi um mobile Fahrnisbauten: Das Tragen

einer Burka soll – natürlich mittels Verfassungsinitiative – verboten werden. «Wir wollen wissen, wer darunter steckt!», fordern Befürworter und schlagen damit eine Brücke zu unserer Transparenz-Initiative. Diese, so die Idee, könnte erweitert werden: «Wir wollen wissen, wer dahinter steckt.» Auch die Abgabe von durchsichtigen Regenpelerinen, als transparenten Burkas, wäre eine Option. Das Verschleierungsverbot würde natürlich auch für die SVP gelten, die sich für die Initiative extra eine dunkelbraune Polit-Burka der Marke «Egerkinger Komitee» übergezogen hat. Ein Zusammengehen würde Doppelspurigkeiten vermeiden.

STEFAN KRATTIGER

**ROT STICH**



Apropos Doppelspurigkeiten: Früher gab es Gegenpäpste, heute setzen elitäre Auto-Fetischisten einen Gegen-Präsi ein. Was wäre das Sommerloch ohne den ACS gewesen? Strafanzeigen, wüste Beschimpfungen, Kontosperrungen und mediale Schlagabtausche. Im Automobil-Club spricht man hinter vorgehaltener Windschutzscheibe von einer politischen Geisterfahrt von FDP-Vize Wasserfallen. Dieser denke nun – so munkelt man – über eine Initiative für die Volkswahl des ACS-Präsidiums nach.

Alles Gute zum Geburtstag, liebe Volksinitiative. Lass dich bloss nicht unterkriegen!

## AufbauSeminar für Mitglieder von Personalvertretungen

D1.7.1609

13.9.–15.9., Hotel Flora Alpina, Vitznau  
Erfahrungsaustausch und Standortbestimmung, Erfolgsfaktoren für die PV-Arbeit, Beteiligung der Mitarbeitenden, Sitzungs-gestaltung, Gesprächsführung, Handlungsmöglichkeiten für eine bessere Arbeitswelt  
Referent: Peter Lüthi (Team- und Organisationsberater)

## Schreiben leicht(er) gemacht

D2.6.1602

14.9.–15.9.2016, Hotel-Restaurant Toggenburgerhof, Kirchberg SG  
Verständlichkeitskriterien, stilistische Grundlagen, Regeln der Rechtschreibung, Überarbeiten von Texten, Textsorten, kreative Schreibmethoden  
Referentin: Rudin Simone (Lern-coach)

## Mindmapping

D2.6.1604

16.9., Hotel Olten, Olten  
Methode des Mindmapping, Übungen, Beispiele und Aufgaben  
Referent: Michael Liechti (Erwachsenenbildner)

## Hochpreisinsel Schweiz: Politischer Skandal oder wirtschaftliche Notwendigkeit?

D2.1.1607

16.9., Restaurant Aarhof, Olten  
Preisbindung und Rolle der Preise, Inflation, Deflation und Kaufkraft, Globalisierung, internationale Freihandelsabkommen, «Gratiskultur»  
ReferentInnen: David Gallusser (SGB), Danièle Lenzin (Unia)

## Aktiv werden im Stiftungsrat

meiner Pensionskasse D1.8.1605

19.9., Hotel Bern, Bern  
Bedeutung der beruflichen Vorsorge für die Arbeitnehmenden, Umfeld und aktuelle Situation der Pensionskassen, Notwendigkeit der Arbeitnehmervertretung in den Stiftungsräten  
Referentin: Doris Bianchi (SGB)

## Schreibwerkstatt

D1.8.1625

26.9.–27.9., Computerschule Bern, Artikel verfassen, LeserInnenbriefe schreiben, Wirkung eigener Texte überprüfen, in den Medien Themen setzen  
Referent: Stefan Keller (Journalist und Autor)

## Professionell präsentieren mit PowerPoint (MS Office 2013)

D1.8.1606

30.9., Computerschule Bern, Bern  
Voreinstellungen optimieren, Folien mit Texten und Objekten effizient erstellen und animieren, Folienübergänge festlegen, eigenes Design definieren und als Vorlage speichern, gesteuerte und selbstablaufende Präsentationen produzieren  
Referent: Filep Béla (Informatik-coach)

## Umgang mit Konflikten am

Arbeitsplatz D2.4.1623

3.10.–4.10., Hotel Balsthal, Balsthal  
Kommunikation, Konfliktformen und Eskalationsstufen, Interventionsinstrumente  
Referentin: Nora Herzog (Erwachsenenbildnerin)

## Medienarbeit: professionell und praxisnah

D1.8.1624

5.10.–6.10., Fortbildungszentrum Oberdorf SO  
Grundlagen der Medienarbeit, die richtige Botschaft in der richtigen Form, Körpersprache, Sprechregeln, Atemtechnik, Umgang mit Lampenfieber  
Referentin: Bruna Fossati (Fachfrau für Kommunikation und Organisationsentwicklung)

## PC-Einstiegskurs für Seniorinnen und Senioren (Windows 8/MS Office 13)

D2.6.1616

19.10.–21.10., Neteducation, Technopark Zürich  
Grafische Benutzeroberfläche von Windows 8 kennenlernen, Einblick in das Arbeiten mit dem MS-Office-Programm Word (MS Office 2013) gewinnen, einfache Internetsuche, E-Mail-Adresse einrichten, E-Mails mit Beilagen senden  
Referent: Peter Schriber (Informatik-coach)

## Protokollführung

D1.8.1620

20.10.–21.10., Seminarhaus Boldern, Männedorf ZH  
Bedeutung und Arten von Protokollen, Instrumente zur raschen Erfassung des Gehörten, professionelle Gestaltung des Protokolls  
Referent: Gerhard Friedl (Erwachsenenbildner)

Die Anmeldung erfolgt online [www.movendo.ch](http://www.movendo.ch), per Mail [info@movendo.ch](mailto:info@movendo.ch) oder Telefon 031 370 00 70  
Die Kosten für mindestens eine Weiterbildung werden für Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Gewerkschaft getragen. Mit deiner Anmeldung klären wir die Kostenfrage ab und informieren dich unverzüglich. SP-Mitglieder, die nicht Gewerkschaftsmitglied sind, profitieren vom reduzierten Tarif von Fr. 230.00 statt Fr. 390.00; resp. Fr. 300.- statt Fr. 450.- pro Kurstag. Weiter kann bei Simon Roth (SP Schweiz, [simon.roth@spschweiz.ch](mailto:simon.roth@spschweiz.ch)) finanzielle Unterstützung beantragt werden.



Rund 130 SP-Mitglieder aus allen Landesteilen haben sich Anfang August an der Sommeruni in Chandolin zum politischen Austausch getroffen. In Workshops, Vorträgen und Diskussionen wurde die sozialdemokratische Politik in allen Facetten beleuchtet: von der historischen Aufarbeitung von Sozialismus und Feminismus über tagesaktuelle Themen wie die Energiewende, das TiSA-Abkommen oder die Steuerpolitik bis zur Frage, welche Konzepte die europäische Sozialdemokratie in eine erfolgreiche Zukunft führen können. Damit auch Personen, die nicht an der diesjährigen Sommeruni waren, davon profitieren können, wird im Herbst eine Dokumentation veröffentlicht.

## AGENDA

### 2. DEZEMBER

Koordinationskonferenz  
Thun

### 3./4. DEZEMBER

Parteitag  
Thun



# Service-Public-Konferenz

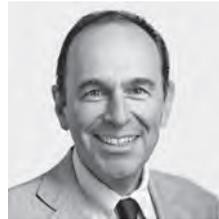
Mittwoch, 7. September 2016, 13.30 – 17.30 Uhr  
 Hotel Bellevue Palace, Kochergasse 5, 3011 Bern



Jens Alder



Edith Graf-Litscher



Pietro Supino



Roger de Weck

*Der Bundesrat hat im Juni seinen Service-Public-Bericht veröffentlicht. Dieses Papier bildet eine wichtige Diskussionsgrundlage für die Gestaltung der zukünftigen Schweizer Medienlandschaft. Der Verband SCHWEIZER MEDIEN will mit dieser Konferenz eine Plattform für eine facettenreiche Diskussion bieten.*

#### Wirtschaft

**Jens Alder**, VR-Präsident Alpiq und ex-CEO Swisscom, wird im Referat «Service Public – eine unternehmerische Perspektive» seine Vorstellung des Service Public aus Sicht der Wirtschaft präsentieren.

#### Private und öffentlich-rechtliche Medien

**Pietro Supino**, Verleger & VR-Präsident Tamedia, vertritt die Sicht der privaten Schweizer Medienunternehmen, **Roger de Weck**, Generaldirektor der SRG, diejenige des öffentlich-rechtlichen Anbieters.

#### Politik

**Doris Fiala**, Nationalrätin FDP – Die Liberalen, **Edith Graf-Litscher**, Nationalrätin SP, **Gerhard Pfister**, Parteipräsident und Nationalrat CVP, und **Gregor Rutz**, Nationalrat SVP, analysieren die aktuellen politischen Entwicklungen.

#### Wissenschaft

Über die zahlreichen Studien zu den verschiedenen Modellen des Service Public diskutieren **Prof. Dr. Stephan Russ-Mohl**, Università della Svizzera italiana, **Prof. Dr. Mark Eisenegger**, vom Forschungsinstitut Öffentlichkeit und Gesellschaft (fög) der Universität Zürich, **Prof. Dr. Peter Hettich** sowie **Prof. Dr. Christian Hoffmann**, beide von der Universität St. Gallen.

Moderation: **Peter Hartmeier**, ehemaliger Chefredaktor des Tages-Anzeigers und heutiger Mitinhaber und Partner der Lemongrass Communications AG.

Das Programm ist in Arbeit. Aktuelle Informationen finden Sie hier:  
[www.schweizermedien.ch/service-public-konferenz](http://www.schweizermedien.ch/service-public-konferenz)

#### Teilnahmegebühr

220 Franken, 120 Franken für Mitglieder des Verbandes SCHWEIZER MEDIEN

Jetzt hier anmelden:

[www.schweizermedien.ch/service-public-konferenz](http://www.schweizermedien.ch/service-public-konferenz)

Veranstalter:  
 Verband SCHWEIZER MEDIEN  
 Konradstrasse 14  
 Postfach  
 8021 Zürich  
 044 318 64 64  
[www.schweizermedien.ch](http://www.schweizermedien.ch)

**Last-Minute-  
 Anmeldung  
 bis 2.9.16**